

„Für ein bürgernahes Bayern“

Was die Bayernkoalition in der Gesundheitspolitik vorhat

Nahezu reibungslos ging die Regierungsbildung nach der bayerischen Landtagswahl über die Bühne. Obwohl die CSU starke Verluste hinnehmen musste und die Grünen die zweitstärkste Kraft geworden sind, scheint der Freistaat von einem Kurswechsel weit entfernt. Das liegt vor allem an den Freien Wählern (FW), mit denen die CSU die sogenannte Bayernkoalition bilden konnte. Doch was bedeutet die neue Konstellation für die Gesundheitspolitik?

82 Seiten umfasst der Koalitionsvertrag von CSU und FW mit dem Titel „Für ein bürgernahes Bayern“. Der Gesundheitspolitik sind drei Seiten gewidmet. „Wie menschlich ein Land ist, zeigt sich am Umgang mit denjenigen, die Hilfe brauchen. Deswegen ist es unserer Koalition ein Herzensanliegen, Pflegebedürftige und Kranke nicht alleine zu lassen“, heißt es zu Beginn des Kapitels. Die Zahnmedizin wird nicht eigens erwähnt. Dafür bekennen sich die Koalitionspartner zur flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung: „Unser Ziel ist: die beste Medizin in Stadt und Land, für jedermann und bezahlbar.“ Erreicht werden soll dies unter anderem durch eine stärkere Einbeziehung der Kommunen in die Versorgungsplanung, weil diese den besten Überblick über die örtliche Bedarfslage und mögliche „Lösungsoptionen“ hätten.

Mehr Medizinstudienplätze

Auch das Medizinstudium hat die Koalition im Visier: Die Mediziner Ausbildung soll durch einen Masterplan an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden. Die Zahl der Studienplätze soll um 2 000 erhöht werden. Beim Zugang zum Studium sollen neben dem Numerus clausus andere Kriterien, etwa eine vorangegangene Ausbildung in einem medizinischen Fachberuf, eine stärkere Gewichtung erfahren. Auch die Einführung einer Landarztquote ist geplant, und zwar sowohl für Haus- als auch für Fachärzte. Die Bedarfsplanung, die bekanntlich in der Zahnmedizin keine Rolle mehr spielt, soll kleinteiliger werden. An der CSU-Forderung nach einem Regionalfaktor im

Risikostrukturausgleich des Gesundheitsfonds hält auch die Bayernkoalition fest.

Krankenhäuser erhalten

Nicht vollumfänglich durchsetzen konnten sich die FW mit ihrer Forderung nach einer Bestandsgarantie für alle bayerischen Krankenhäuser. Im Koalitionsvertrag heißt es nur: „Wir wollen die kleineren Standorte erhalten und weiterentwickeln.“ Dafür soll es gezielte Strukturförderprogramme geben. Die Träger würden dabei unterstützt, für jeden Standort ein passendes Nutzungskonzept zu entwickeln. An Umstrukturierungen werde sich der Freistaat aktiv beteiligen.

Begrenzter Handlungsspielraum

Den Koalitionären ist klar, dass der Handlungsspielraum der Länder in der Gesundheitspolitik beschränkt ist. An mehreren Stellen verweisen sie deshalb darauf, dass man sich auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzen werde. Dafür braucht die Bayernkoalition aber Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat, die auch die CSU-Alleinregierung oft nicht zustande bekommen hat.

Huml bleibt Ministerin

Dafür, dass in der Gesundheitspolitik eher das Motto „Evolution statt Revolution“ gelten wird, spricht auch die Tatsache, dass Melanie Huml (CSU) Gesundheitsministerin bleibt. Sie hat sich in der Vergangenheit als verlässliche Partnerin der Selbstverwaltung präsentiert und war stets offen für konstruktive Vorschläge seitens der Heilberufe. Noch offen war zum Redaktionsschluss die Besetzung des Gesundheitsausschusses, der ebenfalls ein wichtiger „Player“ in der bayerischen Gesundheitspolitik ist. Darüber werden wir Sie in der nächsten Ausgabe informieren.

Konstruktive Zusammenarbeit

KZVB und BLZK haben natürlich allen neuen Mandatsträgern schriftlich gratuliert und ihnen für die laufende Legislaturperiode eine konstruktive Zusammenarbeit angeboten.